Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe einkommender Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 345. Sonntag den 11. December 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 14. December a. c., Abends 6½ Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Gutachten des Verfassungs-, Bau- und Oekonomie-Ausschusses über die Anstellung eines zweiten Bauinspectors.
II. Gutachten des Verfassungs- und Finanz-Ausschusses über die Regulirung der Gehalte der Stadträthe.
III. Gutachten des Finanz-Ausschusses über: a. die Anstellung eines Assistenten für den Impfarzt; b. Gewährung einer Beihilfe an den Verein zur Fürsorge für entlassene Sträflinge.
IV. Gutachten des Oekonomie- bez. Stiftungs-Ausschusses über: a. die Herstellung der Straße A des Bebauungsplans für Reudnitz; b. Trottoirlegung am Gerichtswege; c. Erlaß einer Conventionalstrafe; d. Versetzung des Abortes an der Barfußmühle.

Bekanntmachung.

Wegen Ausbruchs der Rinderpest in Schlesien hat die hiesige Königliche Kreis-Hauptmannschaft auf Anordnung des Königlichen Ministeriums des Innern den **Abtrieb aller Wiederkäuer aus dem Pfaffendorfer Viehhofe außer nach dem städtischen Schlachthause bis auf Weiteres verboten.**

Demgemäß dürfen von heute ab bis auf weitere Anordnung im Pfaffendorfer Viehhofe befindliche **Rinder, Kälber, Schafe** und **Ziegen** nur dann daraus entfernt werden, wenn dieselben unter der von uns angeordneten Controle **direct** nach dem städtischen Schlachthause zum Schlachten gebracht werden, wogegen der Abtrieb nach Privatschlachthäusern gänzlich untersagt ist.

Zuwiderhandlungen werden nach § 328 des Reichsstrafgesetzbuches mit Gefängniß bis zu 2 Jahren bestraft.

Leipzig, am 8. December 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kretzschmer.

Bekanntmachung.

Der am 21. September d. J. unter Nr. 76447 von uns ausgestellte Lagerschein über von Herrn **Carl Aug. Simon** aufgelagerte 16 Ballen Garn, wovon nach Abschreibung von 12 Ballen noch 4 Ballen, gez. OS L 1580, 1583/84, 1586, gem. 2241 kg, lagern, ist bei uns abhanden gekommen.

Wir fordern den Inhaber des Lagerscheins auf, sich mit demselben binnen 3 Monaten und spätestens bis zum 13. März 1882 bei Verlust jeglichen Anspruchs an die Lagerhofverwaltung auf unserer Expedition zu melden. Erfolgt keine Meldung, so wird der Lagerschein unwirksam erklärt und ein neuer Lagerschein ausgestellt werden.

Leipzig, den 10. December 1881.

Lagerhof der Stadt Leipzig.
Gether.

Revision des statistischen Waarenverzeichnisses.

Auf unseren Antrag hat der Bleibende Ausschuß des Deutschen Handelstages beschlossen, auf eine Revision des statistischen Waarenverzeichnisses hinzuwirken. Es wird dabei zugleich die Frage in Erwägung zu ziehen sein, ob nicht den hervorgetretenen Uebelständen am einfachsten durch Erstreckung der Declarationspflicht auf den Werth der ein- und ausgeführten Waaren abzuhelfen sein möchte.

Diejenigen Handel- und Gewerbetreibenden, welche Wünsche in Bezug auf Abänderung des statistischen Waarenverzeichnisses geltend zu machen haben, werden ersucht, dieselben

bis zum 15. d. M.

schriftlich an unser Bureau, Neumarkt 19, I., gelangen zu lassen.

Leipzig, den 3. December 1881.

Die Handelskammer.
Dr. Wachsmuth, Secr. Dr. Gensel, S.

Auction.

Mittwoch, den 14. December 1881, 10 Uhr Vormittags

soll im gerichtlichen Auctionslocale, Eingang von der Kleinen Burggasse, 1 große Partie wollene Rock-, Hosen- und Paletotstoffe in größeren und kleinen Coupons öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 10. December 1881.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.
Thierbach.

Königliches Gymnasium.

Anmeldungen für Ostern werden entgegen genommen am 10., 11. und 14. Januar von 10—12 und 3—4 Uhr.

Es wird gebeten, die letzte Censur des Anzumeldenden vorzulegen.

Leipzig, am 10. December 1881.

Richard Richter.

Nichtamtlicher Theil.

Deutsche in Ungarn.

Auf dem Boden des Ungarlandes gedeiht nichts besser als magyarische Unduldsamkeit, als magyarischer Haß gegen Alles was deutsch heißt und deutsch spricht. Und, in der That, die Nachrichten, welche aus den Ländern der Stephanskrone zu uns nach Deutschland dringen, lassen den Verzweiflungskampf, welchen die dortigen Deutschen gegen das entbrannte Magyarenthum kämpfen, in einem immer grelleren Lichte erscheinen.

Oesterreich-Ungarn ist und bleibt aber das Land der Unwahrscheinlichkeiten! Was in Wien erlaubt wird, ist in Pest untersagt; was in Cisleithanien zu recht besteht, wird in Transleithanien verpönt: dieser widersinnige Dualismus beherrscht heute die österreichisch-ungarische Zwillingsmonarchie. Während in Wien der Kaiser die Abordnung des evangelischen Kirchenraths augsburgischer und helvetischer Confession anläßlich der Säcularfeier der Erlassung des Toleranzpatentes huldvoll empfängt, ein Exemplar der herausgegebenen Festschrift entgegennimmt und den evangelischen Glaubensgenossen, deren Wohl ihm sehr am Herzen liegt seinen kaiserlichen Gruß entbietet, scheint in Pest die Krone, für deutsche Protestanten keine bindenden Gesetze und Verträge zu kennen. Während in Oesterreich der Minister des Innern und des Unterrichts der Abordnung der Protestanten seine Anerkennung über den vorzüglichen Zustand der evangelischen Schulen ausspricht, kennen in Ungarn die Minister des Innern und des Unterrichts keine Rücksicht gegen deutsche Protestanten.

Der Unterrichtsminister legt jetzt zum dritten Male dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf vor, welcher die Ordnung der Mittelschulen in Ungarn zum Zwecke haben soll, in der That aber die „Magyarisirung" dieser Bildungsanstalten beabsichtigt. Es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß der Entwurf bei der Zusammensetzung dieses Reichstages zum Gesetz wird erhoben werden. Und durch ein solches Gesetz werden zwei Millionen Deutsche und mindestens eine halbe Million evangelischer Glaubensgenossen schonungslos „entnationalisirt" und „magyarisirt"; denn darum handelt es sich: um die völlige Magyarisirung aller Deutschen und nicht um die Erlernung der magyarischen Sprache. Das geht unwiderleglich klar hervor aus dem §. 71, welcher lautet: „Die Sprache der (Lehrer-)Befähigungsprüfung ist die magyarische."

Um die Tragweite dieser Bestimmungen zu ermessen, erwäge man doch die Folgen und Wirkungen derselben, insbesondere für die evangelischen Sachsen in Siebenbürgen. Als Grundgesetz gilt bei denselben die Vereinigung von Kirche und Schule dergestalt, daß Niemand in den Dienst der Kirche gelangen kann, der nicht zuvor längere oder kürzere Zeit im Dienste der Schule gestanden. Diese Verbindung des Lehramtes in Kirche und Schule hat sich durch vielfache und vielseitige Erfahrungen durch alle Jahrhunderte als heilsam erwiesen. Die Räthe der ungarischen Krone mißachten indessen mit bewundernswerthem Leichtsinne diese historisch-verbrieften Rechte, und die magyarische Presse bejubelt jede neue Gewaltmaßregel der Regierung gegen die wehrlosen Deutschen.

Angesichts dieser betrübenden Thatsache sind, wie wir schon gestern kurz mittheilten, eine Anzahl hochgeachteter und angesehener deutscher Männer in Berlin zusammengetreten, um einen „Allgemeinen deutschen Schulverein" ins Leben zu rufen, der sich das große Ziel setzt, dafür zu sorgen, daß es nirgends auf der Welt dem Deutschen an Mitteln fehlen darf, sich und den Seinigen deutsche Bildung zu schaffen und zu erhalten.

In der kürzlich in Berlin abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des „Deutschen Schulvereins" und „Centralvereins für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Auslande" (Berlin W., Landgrafenstraße 10) gelangte die nachfolgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die unausgesetzte Anfeindung und Vergewaltigung des Deutschthums in Ungarn-Siebenbürgen — insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens — erheischt dessen wirksame Unterstützung durch alle deutschen Parteien. Die Versammlung ersucht daher die deutsche Presse, sowie die Reichstagsabgeordneten aller deutschen Parteien zu Gunsten der Deutschen Ungarn-Siebenbürgens gegen die denselben drohende Magyarisirung einzutreten. Dies erfordert ebensowohl die Pflicht gegen einen deutschen Stamm, wie die eigene nationale Ehre." Wir begrüßen die Bestrebungen dieses Vereins mit Freude und wünschen von Herzen, daß seine Wirksamkeit eine gesegnete sein möge!

Diese Bestrebungen haben glücklicherweise bewirkt, daß die magyarischen Chauvinisten wenigstens etwas zur Besinnung kommen; freilich indem sie ihrem Uebelwollen durch neuen Lärm Luft machen. Die Aufregung der ungarischen Presse ist eine so hochgradige und nervöse, daß man höchlich damit zufrieden sein kann. Ist doch aus dem komischen Gezappel der „Vertreter der öffentlichen Meinung" in Ungarn zu ersehen, wie gut der Hieb gesessen hat, welchen der sich aufraffende „Reichsdeutsche" gegen die Bedrücker der deutschen Landsleute in Ungarn damit geführt hat; lehren doch die zornesmüthigen Declamationen der magyarischen Preßraufbolde, welche vortrefflichen Aussichten das Vorgehen zu Gunsten der Deutschen in Siebenbürgen haben muß.

Hier einige Proben des Gepolters in der ungarischen Presse: „In die gelehrten Kreise Berlins ist offenbar der Agitationsteufel gefahren — heißt es da im „Neuen Pester Journal" —; zur Erholung von ihren Studien und Vorträgen scheinen sie kleine Kreuzzüge zu arrangiren nach allen möglichen Richtungen der Windrose hin .... die gelehrten Herren proclamiren da (nämlich in dem Aufruf des „Deutschen Schulvereins") nichts Geringeres, als eine Art von geistiger „Irredenta" für das Deutschthum in Europa und den umliegenden Ortschaften; ja sie spielen sich auf eine Art irdischer Vorsehung hinaus ..." u. s. w. — Ja wohl, Ihr Herren von Attila's Stamm und Geist, ein Kreuzzug ist's, für den agitirt wird, ein Kreuzzug gegen die asiatische Barbarei, wie einst im Mittelalter, als deren Träger und Vertreter Ihr Euch durch diese hilflose Erinnerung in unfreiwilliger Komik selbst bezeichnet.

Doch weiter: „Es taucht da vor Allem die Frage auf, wer die Herren denn eigentlich gerufen hat. Welche Stimmen haben sich wohl in oder aus Ungarn vernehmen lassen über die Verkümmerung des nöthigen deutschen Unterrichts, daß die Herren es unternehmen, sich in die innere Gesetzgebung und Verwaltung eines fremden Staates einzumengen und in ihrem eigenen Vaterlande eine Agitation zu schüren gegen angebliche Zustände, die sie Nichts, absolut Nichts angehen, wie immer sich auch dieselben gestalten mögen? .... Es ist ein Act unglaublichster Ueberhebung, den sich der „Deutsche Schulverein" in Berlin mit diesem unbefugten Schritte, der gegen die elementarsten Anforderungen der völkerrechtlichen Discretion verstößt, zu Schulden kommen ließ ...." — O, diese sittliche Entrüstung ist köstlich, und rührend das zarte Verständniß für völkerrechtliche Discretion! Nach dem Artikelschreiber wäre es „völkerrechtlich discret", wenn wir in tugendhafter Ruhe zusähen, wie unsere Landsleute in Ungarn gräßlich todtgeschlagen, physisch in den Bann magyarischer Fremdenfreundschaft geschlagen und wirthschaftlich ruinirt werden! Zu solcher Auffassung der „elementarsten Anforderungen völkerrechtlicher Discretion" waren freilich die ungeeinten Deutschen s. Z. verdammt. Heute fühlen wir uns stark genug, das fadenscheinige Mäntelchen der „völkerrechtlichen Discretion" kühner Hand zu lüften und die an den Deutschen ihrer Nationalität wegen begangenen Schändlichkeiten dem erstaunten Auge der civilisirten Welt zu zeigen, — ja mehr noch: wir fühlen uns so stark, daß wir jene „unglaubliche Ueberhebung" als unser Recht und als das Recht des Starken für uns in Anspruch nehmen. Keinenfalls aber sind wir in der Lage, von den Herren Magyaren darüber Belehrung anzunehmen, ob und welche Zustände in fremden Staaten uns Etwas angehen; Das zu beurtheilen, ist unsere Sache und liegt jedenfalls außerhalb des Gesichtskreises der Vertreter magyarischer Cultur.

Lüge und Falschheit ist allerwege dabei! Die ehrenwerthen Kämpen des Magyarenthums — voran die deutschen Renegaten des „Pester Lloyd" — wagen der Welt vorzulügen, daß in und aus Ungarn keine Stimme laut geworden, die sich über Bedrückung des Deutschthums auf culturellem, pädagogischem oder innerpolitischem Gebiete beklagt hätte; sie wollen glauben machen, daß es in Ungarn nicht üblich sei, die Landesbürger nach Race und Abstammung zu unterscheiden und verschieden zu behandeln; sie wollen behaupten, daß der deutschen Sprache und Sitte insbesondere aller Orten Förderung werde. „Es dürfte — sagt das „Neue Pester Journal" — kaum einen zweiten nichtdeutschen Staat Europas geben, der in allen seinen Theilen, auf seinem ganzen Gebiete in so wirksamer Weise für die Ausbildung in der deutschen Sprache Mittel und Gelegenheit geben würde, wie jenes Ungarn, das gewisse Kreise Deutschlands nicht ermüden anzufeinden und zu befehden." Wie tief muß eine Redaction gesunken sein, welche sich in so bewußter Weise zur Dienerin frechster Unwahrheit macht! Als ob man nicht im deutschen Reiche weit und breit wüßte, wessen sich das Deutschthum in Ungarn von den Magyaren zu versehen hat. Wir haben, was uns anbetrifft, die Noth der Deutschen unter der Herrschaft der Magyaren oft genug beleuchtet, und unsere Leser werden uns erlassen, an dieser Stelle wiederum darauf zurück zu kommen.

Eins aber ist gewiß: Es muß nicht blos Etwas, sondern sehr, sehr Viel faul sein im Reiche der Magyaren, wenn die nationalen Bestrebungen zur Erhaltung des Deutschthums in Ungarn, welche in keiner Weise gegen das Staatengebilde Ungarn, sondern nur gegen die magyarische Tyrannei gerichtet sind, von der magyarischen Presse zur Bedeutung weittragender politischer Actionen aufgebauscht werden. Das ist die Stimme des Gewissens! Wir unsererseits aber verlangen es als ein moralisches Recht, daß, mit Rücksicht auf die eingeborenen Deutschen, in Ungarn der Zwietracht und dem Hasse endlich regierungsseitig gewehrt werde, daß Aller Rechte geachtet und nach dem Worte Franz Deak's „die ungarischen Verhältnisse lieb gemacht werden allen Bewohnern des großen und herrlichen Ungarlandes!" Das heißt auch — den deutschen!

Leipzig, 11. December.

In der zu Berlin am Freitag unter dem Vorsitze des Staatsministers v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde zunächst beschlossen, die Vorlagen, betreffend den zu Berlin am 26. v. M. unterzeichneten Consularvertrag zwischen dem deutschen Reiche und Griechenland, sowie die in Bern vereinbarte internationale Reklaus-Convention vom 3. v. M., den zuständigen Ausschüssen zu überweisen. Die Anträge der Ausschüsse über die von ihnen berathenen Vorlagen, betreffend die Ausführung des Anschlusses der Unterelbe an das Zollgebiet und die dadurch entstehenden Kosten, die Anschreibung des Postverkehrs in den Uebersichten über den Waarenverkehr zur See, die in einzelnen Cantonen der Schweiz zur Hebung kommenden inneren Verbrauchssteuern von Getränken, die Einschränkung des Inhalts des Reichscentralblatts, den Bauplatz für das Reichstagsgebäude und endlich die Berechnung der nach dem Reichshaushaltsetat für 1882/83 zur Deckung der Gesammtausgabe aufzubringenden Matricularbeiträge wurden von der Versammlung unverändert angenommen. Für die Berathung der Gesetzentwürfe, betreffend die Erhebung einer Berufsstatistik, sowie die Vornahme einer Viehzählung im Jahre 1883, und betreffend die Controle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1881/82 im Reichstage wählte die Versammlung mehrere Commissarien.

In der am Freitag stattgefundenen Sitzung der Commission für den Hamburger Zollanschluß gab der Abgeordnete Dr. Windthorst die Erklärung ab, daß er, da er bisher in Angelegenheit der von der „Nordd. Allg. Ztg." gegen ihn gerichteten Polemik keine Satisfaction erhalten habe, nunmehr die betreffenden Protokolle veröffentlichen werde. Abgeordneter Dr. Bamberger, als Vorsitzender der Commission, bezeichnete ein solches Verfahren zwar als incorrect, überließ es jedoch dem Abgeordneten Dr. Windthorst, nach seinem Ermessen zu handeln. Im weiteren Verlauf der Sitzung, in welcher die Debatte über die wirthschaftliche Tragweite der Gesetzesvorlage beendet wurde, interpellirte der Abgeordnete Dr. Hänel die Bundesregierung, warum nicht gleichzeitig mit der Hamburg betreffenden Gesetzesvorlage eine solche betreffend den Zollanschluß Bremens dem Reichstage zugegangen sei? Minister Bitter erklärte darauf, daß die Bundesregierung den betreffenden Antrag Bremens habe abwarten müssen, und daß die Feststellung der betreffenden Details eine nicht zu vermeidende Verzögerung nach sich gezogen habe.

Es konnte nicht unbemerkt bleiben, mit welcher Bereitwilligkeit die Conservativen sowohl in der Budgetcommission als im Plenum des Reichstages der Streichung der Etatspositionen für den Neubau von Panzerschiffen zustimmten. Sie, die sonst nicht energisch genug für die Bedürfnisse der Heeresverwaltung eintreten können, ließen die Mehrforderungen des Marineministers mit erkältendster Gleichgiltigkeit fallen. Der alte und immer erst nothdürftig geheilte Zwist zwischen dem Reichskanzler und Herrn Stosch kommt auch in diesem Verhalten der intimen Freunde des Fürsten Bismarck zum Ausdruck. Man erinnert sich, wie sie in der vorigen Sitzung selbst gegen die Beschlüsse der Budgetcommission den Marineetat verkürzen wollten (natürlich unter Herrn v. Minningerode's Führung) und daß ihr Versuch nur an dem entschlossenen Eintreten der gesammten Linken für Herrn v. Stosch scheiterte.

Die liberale Subcommission zur Vorberathung eines revidirten Haftpflichtgesetzentwurfs hielt Sonnabend Abend ihre Schlußsitzung und wird den Entwurf alsbald der „Zehnercommission" zur endgiltigen Redaction überweisen. Im Beginn dieser Woche gelangt alsdann die Vorlage als gemeinsamer Antrag der drei liberalen Fractionen an das Haus. So weit sich die Stimmung im Centrum bis jetzt feststellen läßt, muß ein erhebliches Steigen der Aussichten auf eine Mehrheit für den neuen Haftpflichtgesetzentwurf festgestellt werden.

Die Wahlprüfungscommission beschloß am Freitag die Giltigkeit der Wahlen der Abgg. Birchow und von Kleist-Retzow zu beantragen. Bei der noch nicht zu Ende gekommenen Prüfung der Wahl des Abg. Clauswitz kam ein interessanter und grundsätzlich wichtiger Vorgang zur Sprache. Es war nämlich eine Wählerversammlung polizeilich nur darum verboten worden, weil sie auf einen Sonntag einberufen war. Die Zulässigkeit eines solchen Verbots wurde von verschiedenen Seiten energisch bestritten.

Mit dem Ansehen, welches die Beredsamkeit des Statthalters der Reichslande genießt, wäre es vielleicht besser bestellt, wenn seine Tischreden nicht sofort in ihrer ganzen Ausdehnung durch das amtliche Blatt seiner Regierung veröffentlicht würden. Ein derartiges persönliches Glaubensbekenntniß, wie es wieder seine neuliche Ansprache an die Vertreter der evangelischen Geistlichkeit des Landes enthält, werden die meisten Leser nur mit sehr gemischten Empfindungen aufnehmen. Was soll man dazu sagen, wenn der Feldmarschall erzählt: „Als ich in das Land kam, habe ich den geistlichen Herren, welche mich hier begrüßten, meinen Glauben an die Gottheit Christi ausgesprochen und habe von den Herren nicht den Eindruck erhalten, daß sie dem nicht beistimmten. Später ist mir wiederholt gesagt worden, daß dieser Glaube von vielen Geistlichen im Lande nicht getheilt werde. Da ich gern mir selbst Kenntniß von den Dingen verschaffe, habe ich die ersten Geistlichen, die ich zu bestätigen hatte, gefragt, ob sie an die Gottheit Christi glaubten; sie haben sämmtlich mit Ja! geantwortet." Es ist ein sehr mildes Urtheil, wenn man ein derartiges persönliches Regiment in solchen Dingen als ein Unding bezeichnet.

Ueber den Wahlkampf in Mainz meldet die „Fr. Ztg." von dort: „So ist denn der Wahlkampf bei uns immer noch nicht vorüber. Zu den drei Wahlen, welche wir schon gehabt haben, wird noch eine vierte, die Stichwahl zwischen dem Candidaten der vereinigten liberalen Parteien, Dr. Philipps, und dem der Socialisten, August Bebel, kommen. Die vorherrschende Signatur des letzten Wahlresultates ist eine merkliche Abnahme der socialistischen Stimmen, während dagegen die Ultramontanen gegen die erste Wahl ein geringes und die vereinigten liberalen Parteien ein bedeutendes Steigen ihrer Stimmenzahl zu verzeichnen haben. In runden Zahlen erhielt Dr. Philipps 8960, Frank 4860 und Bebel 5060 Stimmen; bei der ersten Wahl am 27. October fielen auf Dr. Philipps 5184, auf Frank 4531 und auf Liebknecht 5083 Stimmen, mithin hat der erstere jetzt einen Stimmenzuwachs von 1215 Stimmen und der letztere ein Minus von 500 Stimmen erhalten. Dieser Rückgang bei den socialistischen Stimmen fällt hauptsächlich auf die Stadt, wo Bebel 510 Stimmen weniger als Liebknecht bei der ersten Wahl erhalten hat. Die Betheiligung war im Wesentlichen der vom 27. October gleich, nur in der Stadt sind etwa 200 Stimmen weniger abgegeben worden. Die rechtsstehenden Nationalliberalen haben ihre 80 Stimmen, die sie bei der ersten Wahl dem Sohne des Reichskanzlers gegeben haben, dieses Mal auf Consistorialrath Dr. Goldmann in Darmstadt vereinigt. Die Ursache der veränderten Stimmenzahlen dürfte auf der einen Seite in der ruhigeren Agitation der liberalen Parteien, auf der anderen Seite in dem tumultuarischen Auftreten der Socialisten und in der Mißstimmung wegen der Annahme Liebknecht's in Offenbach zu finden sein."

Der Zar hat in diesem Jahre das Georgsfest in Gatschina abgehalten. Die Ursache, welche den Kaiser Alexander bewogen hat, die Feier des berühmten Festes von Petersburg dahin zu verlegen, ist in der Entdeckung eines Nihilisten-Complots zu suchen, welches darauf abzielte, bei Gelegenheit der Feierlichkeit einen Anschlag gegen das Leben des Zaren und der anwesenden Großfürsten zur Ausführung zu bringen. Anfangs bestand der Zar darauf, das Georgsfest, wie üblich im Petersburger Winterpalais abzuhalten, doch sah er sich schließlich veranlaßt, den dringenden Vorstellungen seiner Umgebung nachzugeben und in die Verlegung der Feier von der Hauptstadt nach der jetzigen Residenz zu willigen.

Wie man dem „N. W. Tgbl." aus Berlin berichtet, hätten Führer des Centrums Kenntniß von dem Wortlaute des Briefes, den der Papst an den Kaiser von Oesterreich geschrieben und der Erzbischof von Wien von Rom mitgebracht hat. Es komme darin der Passus vor, der Papst fühle sich nur insolange sicher in Rom, als König Humbert dort sei. Der Papst spreche seine Furcht vor der Proclamirung der italienischen Republik aus. Zum Schlusse bitte er den Kaiser von Oesterreich um die Erlaubniß, im gegebenen Falle nach Brixen übersiedeln zu dürfen. Wir überlassen dem Wiener Blatte die Verantwortung für diese Mittheilung.

Gambetta hat zu seinem Cabinetschef Herrn Gérard ernannt, bisherigen Secretair bei der Gesandtschaft in Washington und früher mehrere Jahre lang Vorleser der Kaiserin Augusta. Herr Pattain, Director im Finanzministerium, ist zum Director des Secretariats, Rechnungswesens und Personals im Auswärtigen Amt ernannt worden. Die Leitung der politischen Abtheilung, deren Vorstand bisher Baron Courcel war, wird vom Unterstaatssecretair Spuller direct übernommen. Die Zustimmung Leon Say's, des Präsidenten des Senats, zum Programm der Revision der Verfassung in einer Versammlung der senatorialen Delegirten des Departements Seine et Oise wird in Paris lebhaft besprochen. Die Gambettistische Presse beglückwünscht Leon Say warm zu diesem patriotischen Act und ist nach ihrer Ansicht nunmehr die Sache der Revision zweifellos auch im Senat eine gewonnene.

Zur Lage.

Der Name des Centrumsführers beherrscht auch heute noch die gesammte innere politische Lage. Man hat in dem Streit des Reichskanzlers bezw. der „Nordd. Allg. Ztg." mit Herrn Windthorst vielfach das Bestreben erkennen wollen, das Centrum von der Führung dieses Mannes zu befreien und es seines welfisch-particularistischen Charakters zu entkleiden. Mit den gläubigen Katholiken von conservativer Gesinnung, so wurde angedeutet, würde der Reichskanzler wohl sich zu verständigen vermögen, nicht aber

SLUB
Wir führen Wissen.